



Sehr geehrte Gemeinderäte,
werte Bürgerschaft,
Damen und Herren der Presse!

Der Entwurf zur Beschlussfassung Haushalt 2017 liegt nun also vor Ihnen. Die Verwaltung hat im Herbst einen ersten Haushaltsentwurf erarbeitet und dieser wurde in 3 Sitzungen des Gemeinderats vorberaten. Er zeigt auf, wo die Schwerpunkte des kommenden Jahres in der Arbeit des Gemeinderates und der Gemeindeverwaltung liegen. Beraten wurde öffentlich. Leider hat die viel beschworene Öffentlichkeit, der stete Ruf nach Transparenz, sich in der Person von Herrn Müller, also der Presse, erschöpft. Das sollte uns aber nicht stören und wir werden diese jetzt schon zur Tradition gewordene Öffentlichkeit beibehalten.

Nun liegt er also vor uns, ein Haushalt 2017, wie man ihn sich nicht wünscht. Fast könnte man glauben wir hätten ein Deja-Vu. Wenn ich die oben genannten Beratungen zum Haushalt 2017 Revue passieren lasse, dann fühle ich mich zurückversetzt in die Haushaltsberatungen zum 2010er Haushalt. Streichen, schieben, sparen, das war angesagt. Aber eines gleich vorweg: Eine Kommune kann sich nicht gesund sparen. Aber wir können behaupten, aus meiner Sicht eindeutig, in den zurückliegenden Jahren kein Geld für Prestigeobjekte ausgegeben zu haben und sparsam mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln umgegangen zu sein. Doch der Reihe nach.

Der Kernhaushalt besteht aus zwei Teilen:

Erstens der Verwaltungshaushalt, unser Girokonto, über das das tägliche Geschäft der Einnahmen und Ausgaben läuft. Hier sollte unterm Strich ein positives Ergebnis, also ein Überschuss erzielt werden, um damit nötige Investitionen zu tätigen. Leider wird dies nach Plan im Haushaltsjahr 2017 nicht möglich sein. Nein, wir werden ein Minus schreiben und müssen dies mit einem Griff in die Rücklagen ausgleichen. Folgerichtig müssen dazu für nötige Investitionen Kredite aufgenommen werden. Somit wird unser Schuldenstand Ende 2017 auf geplante 18,36 Millionen Euro ansteigen. Wenn wir uns das Schaubild Schulden vor Augen rufen, dann gibt es schon ein deutliches „warum“? Was passiert da gerade. Kann man im Rathaus nicht mehr haushalten? Schmeißen Verwaltung und Gemeinderat das Geld zum Fenster raus. Neun Jahre lang, beginnend im Januar 2007, wurde der Schuldenberg kontinuierlich abgebaut. Ende 2015 auf den Stand von 14,4 Millionen Euro. Das waren 825 Tausend Euro Schuldentilgung jährlich. War das nicht eine großartige Leistung von Verwaltung und Gemeinderat? Und warum geht das so nicht weiter? Was hat sich geändert in diesem Jahr und für das nächste Jahr? Die Steuereinnahmen sprudeln doch und die Kommunen und Städte schwimmen, so Ministerpräsident Kretschmann, geradezu im Geld. Ja Herr Kretschmann, 1100 Gemeinden und Städte in Baden-Württemberg haben über diesen Spruch nur den Kopf geschüttelt. Dass der Landeshaushalt auf Kosten der Kommunen saniert werden soll und zusätzlich weitere Aufgaben auf die Gemeinden zukommen werden, na wunderbar. Und spätestens mit der Steuerschätzung im November weiß es jetzt jedes Kind im Ländle: Das Land schwimmt im Geld. Die Kommunen nicht.

Wir vermissen die Einsicht des Landes, dass die Leistungen vor Ort nicht nur erbracht sondern auch finanziert werden müssen. Wir verlangen nichts Zusätzliches, sondern nur das Geld, das uns nach dem geltenden Finanzausgleich zusteht, um unsere Aufgaben zu erfüllen.

Also liebe Landesregierung, lass deine klebrigen Finger aus unseren Kassen.

Wir erfüllen die uns gesetzlich vorgegebenen Aufgaben gerne, doch leider müssen wir festhalten, dass das Konnexitätsprinzip, wer bestellt – der bezahlt, nicht gilt.

Wir bauen für die uns zugewiesenen Flüchtlinge in die Anschlussunterbringung, siehe Bahnhofstraße, für rund eine Million Euro, wir mieten Häuser und Wohnungen – einen 100 prozentigen Kostenersatz erhalten wir nicht. Wir bekommen die ortsübliche Miete erstattet. Für alles Weitere, Betreuung, Integrationsmaßnahmen, Sozialbetreuung, usw., bekommen wir nichts. Für uns in die Anschlussunterbringung ab 2017 zugewiesene Flüchtlinge sollen wir jährlich 1.125 Euro bekommen. Reicht hinten und vorne nicht. Für jene, die wir bisher schon haben, wie eben gesagt, bekommen wir nichts.

Wir bauen Kindertagesstätten um dem Rechtsanspruch auf Betreuung gerecht zu werden. Eine schöne Aufgabe. Zwei Zahlen dazu: Kinderbetreuung kostete uns 2012 907 Tausend Euro. Für das nächste Jahr rechnen wir mit der dreifachen Summe. Wir haben aber nicht drei Mal so viele Kinder. Da stimmt doch etwas nicht! Ja, wir haben wieder mehr Kinder, die Geburtenrate steigt und in Waldbronn hat durch einen starken Zuzug, dies ohne ein Neubaugebiet, ein regelrechter Generationenwechsel eingesetzt und hält weiter an. Ein Luxusproblem, dem wir uns gerne stellen. Und dass das Betreuungsangebot heute vielfältiger sein muss, auch dazu stehen wir. Dazu kommen auch noch die Flüchtlingskinder, denen wir gerne eine neue Heimat geben. Dass dies in den meisten Gemeinden zu einem Problem wird ist auch in Stuttgart bekannt. Hier hat die Landesregierung jetzt schnell mit einer Verwaltungsvereinfachung reagiert. Ich zitiere: Zur Höchstgruppenstärke in der Ü3 Betreuung

können maximal zwei Kinder mit Flüchtlingserfahrung aufgenommen werden“. Jetzt kommt`s: „Ab dem ersten Kind über der Höchstgruppenstärke ist eine weitere geeignete Kraft erforderlich“. Zitat Ende. Wer bezahlt? Wir! Ein weiteres Indiz dafür, wie weit sich diese Landesregierung von den Kommunen entfernt hat. Ist aber auch kein Wunder. Es sitzen ja fast keine Abgeordneten mit kommunaler Erfahrung im Parlament. Doch zurück zu unseren Zahlen, die zum Teil auch in Stuttgart gemacht werden.

Eine kurze Gegenüberstellung von Zahlen aus den Haushalten 2015 und dem Planwerk 2017: Die Kreisumlage steigt um 1,5 Millionen Euro, Personalkosten um 670 Tausend Euro, die Finanzausgleichsumlage um 690 Tausend Euro, der ÖPNV kostet uns 100 Tausend Euro mehr, an Schlüsselzuweisungen erhalten wir 475 Tausend Euro weniger, die kommunale Investitionspauschale sinkt um 170 Tausend Euro. Das sind in Summe eben mal 3,6 Millionen Euro, die uns in der Kasse fehlen. Geschuldet auch der höheren Steuerkraftmesszahl aus 2015, der Vorwegentnahme des Landes und höherer Abgaben. So war es uns nicht möglich, trotz gestiegener Einnahmen, unseren Verwaltungshaushalt positiv abzuschließen. Wir benötigen eine Zuführung aus der Rücklage an den Verwaltungshaushalt, eine sogenannte negative Zuführung, in Höhe von 771 Tausend Euro. Dies trotz eines sehr guten Einkommensteueranteils und guter Gewerbesteuerereinnahmen der wenigen ortsansässigen Firmen. Es wäre fatal, würden wir einen weiteren guten Steuerzahler in naher Zukunft verlieren.

Im Umkehrschluss gibt es keine Zuführung an den Vermögenshaushalt. Somit müssen Investitionen mit einer Entnahme aus der Rücklage und/oder durch Kredite finanziert werden. Geplant sind eine Rücklagenentnahme in Höhe von 1,379 Millionen Euro sowie eine Kreditaufnahme von 2,75 Millionen Euro. Wie gesagt: „geplant“. Denn wir haben noch eine „stille Rücklage“ von knapp 3,0 Millionen Euro,

derzeit noch gebunden durch Grundstückskäufe im Rück II. Sollte die Bodenordnung dort in naher Zukunft zum Abschluss kommen, dann könnten wir diese Summe durch Grundstücksverkäufe aktivieren und der 17er Haushalt bekäme ein anderes Bild. Wohl gemerkt, ich rede nicht vom Gewinn aus den Grundstücksverkäufen, sondern vom dort durch die Gemeinde investierten und derzeit gebundenen Geld.

Wofür geben wir das Geld aus? Größte Einzelinvestition wird die Sanierung des Kindergartens St. Josef und der Erwerb des Josefinchen`s, besser bekannt als Schwesternhaus, in Busenbach sein. In Summe sind das 1,45 Millionen Euro. Gut investiertes Geld. Ja, das finanzieren wir geplant über Kredite und machen Schulden. Für mich gute Schulden, denn dem Geld steht ein realer Gegenwert, eine Investition in langfristige Güter, entgegen. Wir leihen uns Geld um zu investieren, nicht um zu konsumieren. Das nützt uns heute und auch künftigen Generationen. Wir schaffen dort, zusammen mit unserer katholischen Kirchengemeinde, den Treffpunkt Busenbach. Dies zusammen mit der nötigen Sanierung des Kindergartens St. Josef. Und mit dem Kauf des Josefinchens sichern wir die U3-Betreuung in Busenbach.

Für die Erweiterung des Friedhofs in Busenbach sind 450 Tausend Euro für den Grunderwerb eingeplant. Wenn Sie so wollen eine Altlast. Denn mit der damaligen Erschließung der Baugebiete Dorfwiese, Berg, Rehschlag und Rathausmarkt war schon abzusehen, dass der Friedhof Busenbach zu klein wird. Später kam noch das Baugebiet „Im Neuen Heubusch“ dazu. So müssen wir uns heute darum kümmern, und dies recht kurzfristig. Die Grundstücksverhandlungen wären vor 40 Jahren bestimmt leichter gewesen.

Unser Kurhaus, in einem Jahr wird dieses Gebäude 50 Jahre alt, soll im Saal neue Fenster bekommen. Damit wären die

Sanierungsmaßnahmen an diesem Objekt weitestgehend abgeschlossen.

Wir haben in den letzten Jahren viel Geld in unsere Liegenschaften investiert. Dazu sind wir auch verpflichtet, unsere Werte zu erhalten. Eine Vielzahl kleinerer und nötiger Maßnahmen sowie Anschaffungen werden wir auch im nächsten Jahr durchführen. Zu erwähnen auch die schon lange gewünschte Beleuchtung des Radwegs zum Schulzentrum Karlsbad am Waldrand. Dafür sind ca. 70 tausend Euro notwendig. Weitere 50 Tausend sollen für ein Radwegekonzept investiert werden, eine der vielen Maßnahmen aus unserem neuen Leitbild. Ein einjähriger Probetrieb für eine Buslinie Höhenstadtteile Karlsruhe – Karlsbad – Waldbronn mit einer ausgeklügelten Linienführung soll im nächsten Jahr ab September mit 15 Tausend Euro gefördert werden. Ich möchte es damit bewendet lassen. Alle Zahlen wurden ausführlich in den Beratungen erläutert, durch unseren Kämmerer Herrn Thomann in Auszügen nochmals dargestellt und die Fraktionen werden ganz sicher auf weitere, noch nicht genannte Posten eingehen.

Fazit: nach 9 Jahren Schuldenabbau werden wir, wie 2016, auch im nächsten Jahr uns am Kreditmarkt bedienen müssen.

Wir können im Vermögenshaushalt streichen, schieben, mit Sperrvermerk versehen – alles in Ordnung. Vorrangig ist aber eindeutig der Verwaltungshaushalt, unser Girokonto. Dort müssen zuallererst die Einnahmen ausreichen um unseren Verpflichtungen, gesetzlichen Vorgaben (für die wir nicht verantwortlich zeichnen) nachzukommen. So haben wir unsere eigenen Steuern, Grundsteuer und Gewerbesteuer moderat erhöht, wir hatten seit 10 Jahren Preisstabilität, um die Einnahmenseite unseres Haushalts etwas zu stabilisieren. Dies kann nur eine der Maßnahmen sein, die wir für eine Haushaltskonsolidierung brauchen. In den Badischen Neuesten Nachrichten wurde ich am 25. November falsch zitiert. Da fehlten drei

wichtige Wörter. Ich sagte: „So wie wir es kennen, kann es Waldbronn zu diesem Preis nicht mehr geben“! Ein kleiner aber aussagekräftiger Unterschied.

Eine Haushaltskonsolidierung zur Verbesserung des strukturellen Defizits muss deshalb heißen, alle unsere gemeindlichen Leistungsbereiche, hier rede ich nicht nur von den freiwilligen Leistungen, daraufhin zu untersuchen, was wirklich notwendig ist und zu welchen Gebühren und Beiträgen wir diese unseren Bürgern zur Verfügung stellen. Das wird kein Zuckerschlecken für die Verwaltung mit Bürgermeister auf der einen Seite, aber erst recht nicht für den Gemeinderat. Denn sie, die Damen und Herren des Gemeinderats müssen auf Vorschlag darüber beraten und mit dem Bürgermeister beschließen welche Leistungen zukünftig nicht mehr zur Verfügung stehen, gekürzt werden oder den Bürger mehr kosten. Hier geht es nicht darum, den Schwarzen Peter hin- oder herzuschieben. Das liegt mir fern. Wir sitzen alle im gleichen Boot.

Dies war eigentlich schon für das zurückliegende Jahr angedacht, von mir in der letztjährigen Haushaltsrede als Masterplan angesprochen. Da war ich nicht aktiv genug. Aber, so glaube ich, ist die Brisanz jetzt angekommen, von unserem Kämmerer gerade in den beiden letzten Jahren nachdrücklich angesprochen und von manchen Gemeinderäten auch gerne zitiert. Dazu liegt uns ein Antrag der CDU-Fraktion auf dem Tisch, zur Einrichtung einer Haushaltsstrukturkommission. Wohl richtig, aber daneben braucht es einen Masterplan für Waldbronn, der weit über das Jahr 2025 hinausreicht. Im Antrag wird wie folgt aus dem Leitbild zitiert: „Die finanziellen Spielräume der Gemeinde werden als Voraussetzung für den Erhalt und die Steigerung der Lebensqualität aller Bürger gesichert und verbessert“. Diese Aussage ist die Grundlage für ein zukunftsfestes Waldbronn. Aber mit Sparen, Streichen, Schieben, Schließen allein wird das nicht zu erreichen sein. Zumal noch große Aufgaben vor uns liegen. Gemeinsames Feuerwehrhaus,

Verlagerung Bauhof, gemeinsame Sportflächen für unsere Vereine, immer wieder gerne in den Mund genommen: "Bezahlbarer Wohnraum", Sicherung der Arbeitsplätze. Denn ein entsprechend hoher Einkommensteueranteil, wie wir ihn gewohnt sind, ist nur durch hochwertige Arbeitsplätze zu sichern. Auch dort liegt der Schlüssel für eine finanziell gesicherte Zukunft unserer Gemeinde. Sie sehen, besser gesagt Sie hören, ohne dass ich das Wort bisher in den Mund genommen habe, die Fleckenhöhe steht überall zwischen den Zeilen. Nehmen Sie sich doch mal unser neues Leitbild und addieren all die guten Ziele mit den entsprechenden Maßnahmen. Strich darunter, welches Ergebnis erhalten Sie? Ohne Fleckenhöhe wird das Meiste Makulatur. Von mir schon vor gut 10 Jahren so als Gemeinderat benannt.

Das was wir kurzfristig tun können ist ein absolutes Muss, was mittel.- oder langfristig wirken soll muss ebenfalls zügig angegangen werden. Denn gerade unser Neubaugebiet Rück II zeigt uns den enormen Zeitbedarf. Alles Weitere finden wir im Leitbild.

Am Ende ist die Diskussion darüber, ob wir ein Einnahme- oder ein Ausgabeproblem haben, müßig, das Ausmaß der defizitären Leistungen muss reduziert werden und es muss Geld verdient werden um unser Waldbronn so leben.- und liebenswert zu erhalten. Wir, Verwaltung mit Bürgermeister und Gemeinderat, haben ein hochwertiges Erbe zu verwalten, zu erhalten und nach Möglichkeit zu mehren. Mit eben mal zuschließen macht man es sich zu leicht. Wir müssen handeln. Wir haben, ich habe zu lange gewartet. Wir müssen handeln in alle Richtungen. Zuallererst muss nach Möglichkeiten des Erhalts gesucht werden. So erfolgreich geschehen mit unserer Albtherme.

Mein Wahlspruch für das kommende Jahr ist der gleiche wie vor 12 Monaten: Mut zeigen, Zukunft gestalten.

Zum Schluss wie gewohnt mein Dank:

Allen Ehrenamtlichen in Vereinen und Organisationen, die Waldbronn zu dem machen was es ist. Heute mal besonders an jene die im Stillen, ohne viel Aufhebens einfach handeln.

Einen herzlichen Dank an unsere Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, hinter denen ein arbeitsreiches Jahr liegt und vor denen ein spannendes Jahr liegt mit großen Herausforderungen. Mein Dank an unsere Amtsleiter für ihr verantwortungsvolles Wirken, an alle Mitarbeiter ob im Rathaus, Bauhof, Gärtnerei, Wasserversorgung, Kläranlage. Unseren Mitarbeitern in der Volkshochschule, der Bücherei und der Musikschule sei ebenfalls gedankt. Und immer wichtiger und stärker im Brennpunkt stehend unsere Mitarbeiterinnen in Kindergärten, Krippen, Hort. Vielen Dank. Allen Mitarbeitern in der Kurverwaltung und unserem Kurbeirat sei herzlich gedankt. Unser Mut und das Engagement aller zeigt seinen Erfolg. Dank an die Presse für das angenehme Miteinander.

Zusammen gefasst: Ein herzliches Dankeschön an alle, die sich für Waldbronn engagieren.

Und ich wiederhole meinen Wahlspruch des letzten Jahres:

Mut zeigen, Zukunft gestalten! Nötiger denn je.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen ein Frohes Weihnachtsfest, einen guten Rutsch ins Neue Jahr, Glück, Gesundheit und Frieden auf Erden.